

5.2.91

- 1 -

1) Besuch des Aussenministers von Estland am 5.2. in Bern

1. In Abwesenheit des Departementschefs empfing Staatssekretär Jacobi am 5.2. den Aussenminister von Estland Lennart Meri (M) zu einem Arbeitsgespräch. M, begleitet von einem Mitarbeiter, hatte sich zuvor bereits mit einer von Botschafter J.C.A. Staehelin geleiteten schweizerischen Delegation zu einer längeren Diskussion getroffen. M hatte vor Bern namentlich Bonn (Empfang durch AM Genscher) und Genf (UNO-Menschenrechtskommission) besucht. M's hochinteressante Ausführungen - als Gründer und vormaliger Direktor des estnischen Institutes und als Künstler/Intellektueller spricht M perfekt deutsch und englisch - betrafen die Lage in der UdSSR allgemein sowie jene in den baltischen Staaten und Estland speziell, eingeschlossen die beiden Referenden (das von Gorbatschow für den 17.3. unionsweit vorgesehene sowie jene in den einzelnen baltischen Republiken vor diesem Datum) über die Zukunft der Union resp. die Unabhängigkeit der Republiken.

2. Die politische und wirtschaftliche Wiederaufbauphase in den von 75 Jahren Sowjettotalitarismus verwüsteten Gebieten der heutigen Sowjetunion wird sehr lange dauern (M spricht von 40 Jahren). Der Bauernstand beispielsweise ist als solcher völlig zerstört worden. Die Union, so M weiter, wird sich nicht einfach in ihre bisherigen Republiken auflösen. Das russische, das weissrussische, das ukrainische sowie nördliche Teile des Gebietes von Kasachstan gehören naturgemäss zusammen. Völlig verschieden sei allerdings die Lage mit Bezug auf die drei baltischen Republiken. Estland müsse zunächst völlig unabhängig sein, bevor eine grundsätzlich vorgesehene, tatkräftige Mitarbeit, aber von aussen, am eingangs erwähnten Wiederaufbauprozess beginnen kann.

3. Das im Falle Estlands für den 3.3. vorgesehene Republiksreferendum zur Unabhängigkeitsfrage ist von zentraler Bedeutung, so M weiter. Auch wenn lediglich 60 % der Einwohner Estlands Esten sind, kann am positiven Ausgang kein Zweifel bestehen. Alle Einwohner mit Ausnahme der sowjetischen Militärs werden stimmberechtigt sein. Das sowjetische Referendum vom 17.3. zur Frage eines neuen Unionsvertrages können wir, so M, nicht akzeptieren, da eine Entscheidung aller Sowjetbürger über die Unabhängigkeit Estlands undenkbar ist. Wie Lettland ist Estland weder willens noch objektiv in der Lage, im Unabhängigkeitsprozess ein gemächlicheres Tempo anzuschlagen, da die aktive Kolonialisierungspolitik der sowjetischen Behörden (z.B. Ansiedlung von russischen Arbeitern für volkswirtschaftlich sinnlose Rüstungsbetriebe auf estnischem Boden) weitergeht.

4. Nach der Darstellung der schweizerischen Möglichkeiten zur direkten Zusammenarbeit (Bereitschaft zur punktuellen Unterstützung, in einer ersten Phase schwergewichtig im Bereich politische Kultur und Nothilfe; Erwähnung der bevorstehenden schweizerischen Abklärungsmission für humanitäre Hilfe in die drei Republiken) kommt M auf estnische Desiderata im bilateralen Verhältnis zu sprechen: Neben schweizerischer völkerrechtlichen Expertise bei der Staatswerdung möchte Estland namentlich Verbindungsbüros in Tallin und in der Schweiz und stellt sich einige Fragen mit Bezug auf ehemals estnischen Besitz in der Schweiz.

Diese Fragen werden nun von uns, gegebenenfalls unter Beizug verwaltungsexterner Expertise, abgeklärt.